

Antragsbuch Übersicht über die Änderungsanträge				
TOP	Antragsnr.	Antragsteller*in	Verfahren	Anmerkung
TOP 3	BZ: Bayern verdient Zuversicht			
	Ä1	Reinhard Jurk (KV Fürstenfeldbruck)	zurückgezogen	
	Ä2	Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Wie können wir Migration menschenwürdig organisieren und Menschenrechte schützen? Wie können wir die nötigen Fachkräfte für unsere Wirtschaft gewinnen?
	Ä3	Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)	zurückgezogen	
	Ä4	Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)	zurückgezogen	
	Ä5	Regina Hammerl (KV Regensburg-Land)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Wir brauchen besser ausgestattete Sicherheitsbehörden, um gegen Terror und Cyberkriminalität vorgehen zu können. Unser Rechtsstaat darf niemals von Islamisten missbraucht werden, für sie gibt es kein Asyl.
	Ä6	Anne Schmitt (KV Bamberg-Land)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Machen wir Bayern im 21. Jahrhundert wieder zu dem, was uns stark gemacht hat: Ein Land, das den Fortschritt nicht blockiert, sondern gestaltet.
	S1: Vielfalt in der Präambel			
	Ä1	Doris Wagner (KV München)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme (Modifizierungen gefettet) Alle Menschen sind gleich an Würde und Rechten. Ein wesentliches Ziel ist die Verwirklichung der Rechte und Interessen von Frauen und die Stärkung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Vielfaltsmerkmalen. Frauen sind Personen, die sich als solche definieren. Menschen mit Vielfaltsmerkmalen werden im Vielfaltsstatut definiert. Alle Mitglieder bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

				wissen, dass sich eine Veränderung durch das bloße Hoffen auf gute Vorsätze nicht erreichen lässt. Veränderungen müssen auf vielen Ebenen ansetzen. Ein Ansatz sind das Grüne Frauenstatut mit der darin verankerten Quotierung der Ämter und Mandate sowie das Grüne Vielfaltsstatut . Wir unterscheiden für Gremienbesetzungen, Redelisten und Wahllisten generell in Frauenplätze (für alle, die sich als Frauen definieren) und offene Plätze, die allen Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität offenstehen, also auch trans*-, inter- und non-binären Personen. Diese Maßnahmen sind ein Weg, die Interessen von Frauen zu verwirklichen und gleichzeitig die geschlechtliche Vielfalt abzubilden. Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, dass alle Mitglieder in allen Lebensbereichen über ihre Interessen selbst bestimmen. Ein weiteres Ziel ist die Repräsentation von Menschen, die sich unter dem Vielfaltsstatut subsumieren lassen. Wir sehen Vielfalt als Bereicherung. "
	S2: Vielfalt im Landesvorstand			
	Ä1	Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt)	Abstimmung	

TOP 4	FO1: Ergänzung Präambel in Finanzordnung			
	Ä1	Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)	modifizierte Übernahme	
	Ä2	Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Zeile 6f: "...wo eine dauerhafte Verbesserung unserer Strukturen zu erwarten ist." Zeile 18f: "Gleichzeitig sind wir eine solidarische Partei, die die strukturschwachen Räume nicht aus dem Blick verliert." Zeile 20: ersetze "erst" durch "dann"
	Ä3	Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land)	modifizierte Übernahme	
TOP 6	KW1: Dein Ort wird schöner mit dir. Dafür stehen wir GRÜNE bei der Kommunalwahl 2026 in Bayern.			
	Ä1	Reinhard Jurk (KV Fürstenfeldbruck)	zurückgezogen	

	Ä2	Reinhard Jurk (KV Fürstenfeldbruck)	Übernahme	
	Ä3	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä4	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä5	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä6	Oliver Rühl (KV Ansbach)	Übernahme	
	Ä7	Elisabeth Schleburg (KV Ostallgäu)	Übernahme	
	Ä8	Oliver Rühl (KV Ansbach)	Übernahme	
	Ä9	Oliver Rühl (KV Ansbach)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Einfügen nach Zeile 10: Hier halten wir die Finanzen zusammen mit einer soliden, transparenten und zukunftsorientierten Haushaltspolitik. Für alle Ausgaben soll ein Klima- und Nachhaltigkeitscheck selbstverständlich sein.
	Ä10	Oliver Rühl (KV Ansbach)	Abstimmung	
	Ä11	Franziska Wurzinger (KV Ansbach)	Übernahme	
	Ä12	Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck)	Übernahme	
	Ä13	Oliver Rühl (KV Ansbach)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Einfügen nach Zeile 226: Auch bei Aufsichtsräten von kommunalen Gesellschaften setzen wir uns für mehr Transparenz ein.
A3: Mehr Schutz, finanzielle und rechtliche Unterstützung für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben				

	Ä1	Raluca Behrens (KV Dachau)	Übernahme	
TOP 7	A7: Installation eines Rechtsbeihilfefonds für Mandatsträger*innen der GRÜNEN Bayern			
	Ä1	Lena Koch (KV Mühldorf)	Übernahme	
	Ä2	Lena Koch (KV Mühldorf)		<p>modifizierte Übernahme Ersetze Zeile 16-19 durch: Entsprechend der zunächst aufgebauten Prüfinstanz, erteilt der Landesvorstand einen Prüfauftrag an einen Rechtsanwalt (oder den Justiziar des Bundesverbands) und entscheidet anschließend über die Vergabe von Zuschüssen aus dem Rechtshilfefonds. Der Landesverband zahlt aus seinen Haushaltsmitteln jährlich 3000€ in den Rechtshilfefonds ein. Zudem wird der Rechtshilfefonds durch die Kreisverbände über eine KV-Umlage mit durchschnittlich 1,50 Euro pro Mitglied im Jahr finanziert. Die Leistungsfähigkeit der einzelne KVs sollte bei der Berechnung der Umlage berücksichtigt werden.</p>
	Ä3	Lena Koch (KV Mühldorf)	modifizierte Übernahme	<p>modifizierte Übernahme Der Landesvorstand soll auf Basis des Antrags in Zusammenarbeit mit GRIBS einen Leitfaden erarbeiten, um mögliche Schritte, Bedingungen sowie Ansprechpartner*innen klar darzustellen und Sicherheit zu geben.</p>
	Ä4	Lena Koch (KV Mühldorf)	Übernahme	

TOP 7	A9: Frauen müssen selbst über ihren Körper entscheiden dürfen			
	Ä1	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	<p>modifizierte Übernahme Anschluss an Ä3: ...sind vielfältig und können für schwangere Personen eine Dilemmasituation darstellen.</p>
	Ä2	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	<p>modifizierte Übernahme Der erzwungene Schwangerschaftsabbruch muss weiterhin strafbar bleiben.</p>

	Ä3	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Die Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch sind vielfältig. Versorgungslücken für Beratung und gesundheitliche Versorgung sind zu schließen, das Recht auf vollumfängliche Information ist zu stärken und Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, vor Einschüchterung und Belästigung zu schützen. Durch eine Legalisierung kann der Schwangerschaftsabbruch als ein Eingriff wie viele Andere in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung gelehrt werden.
	Ä4	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Gleichzeitig ist es wichtig, die bevormundende Beratungspflicht in ein umfassendes Beratungsrecht für Schwangere umzuwandeln und einen Rechtsanspruch auf eine neutrale Beratung einzuführen.
	Ä5	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme staatlich auskömmlich finanziertes Beratungsangebot ausgeweitet wird und mit der Ausgestaltung dessen, mit den beteiligten Akteuer*innen ins Gespräch kommen. Das Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen, darf nicht darauf hinauslaufen, mit einer schwerwiegenden Entscheidung allein gelassen zu werden.

	Ä6	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme nach Zeile 33: "Dazu gehört eine umfassende Sexualaufklärung, Schulungen und Beratungen. Ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollten kostenfrei und Teil des GKV Leistungskatalogs sein."
	Ä7	Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Erfahrungsberichte dieser Frauen können als Beispiel dazu dienen, wie die Umsetzung reproduktiver Rechte das Selbstbewusstsein und die Freiheiten von Frauen stärken können und deren Entzug sich negativ auf die persönliche Lebensqualität auswirken.
TOP 7	A14: Bayerns Wirtschaft zukunftssicher machen – Was der Standort Bayern braucht			
	Ä1	Michael Sasse (KV Rosenheim)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Zeile 46: ...Fortbildung <u>und inklusiver Lehrmethoden</u> zugewiesen werden.

	Ä2	Michael Sasse (KV Rosenheim)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Zeile 33: Ursachen dieser Arbeitslosigkeit, <u>auch durch einen inklusiven Arbeitsmarkt</u> ist erforderlich.
	Ä3	Landesvorstand	Übernahme	
TOP 7	A18: Islamismus konsequent entgegnetreten (von: Marlene Schönberger (KV Landshut-Land))			
	Ä1	Regina Hammerl (KV Regensburg-Land)	Übernahme	
	Ä2	Regina Hammerl (KV Regensburg-Land)	Übernahme	
	Ä3	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä4	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä5	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä6	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä7	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme ab Zeile 170: Bisher mangelt es besonders in Unterkünften für Geflüchtete an einem Konzept und ausreichend Personal, psychologischer Betreuung und Integrationsberater*innen, um Radikalisierungstendenzen rechtzeitig zu erkennen und zu begegnen. Anstatt Leistungen zu kürzen, müssen wir in integrationsfördernde und präventive Maßnahmen investieren.
	Ä8	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	
	Ä9	Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)	Übernahme	

	Ä10	Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)	modifizierte Übernahme	modifizierte Übernahme Wer einreist, um Terrorismus zu begehen, hat kein Recht auf Asyl. Dem Problem Djihadismus können wir nur mit rechtsstaatlichen Maßnahmen und nicht mit Einschränkung des Asylrechts begegnen. Wir stehen global gegen jeden Islamismus, ganz gleich wer unter diesem leidet!
--	-----	---	---------------------------	--